

von
Christina
Grein

Das Asienhaus auf dem Asia-Europe People's Forum (AEPF) in Mailand

Die Autorin ist
Koordinatorin
der Burma-
Initiative der
Stiftung Asien-
haus in Köln.

Das alle zwei Jahre im Vorfeld des *Asia-Europe Meeting*-Gipfels organisierte AEPF fand dieses Jahr vom 10. bis 12. Oktober im italienischen Mailand statt. In der *Fabbrica del Vapore*, einer Kultur-Fabrik, die die Stadt zur Verfügung gestellt hatte, kamen über 400 TeilnehmerInnen aus Asien und Europa zum Informations- und Erfahrungsaustausch zusammen. Das Forum dient in diesem Sinne als Plattform, auf der ein zivilgesellschaftlicher Brückenschlag zwischen Asien und Europa ermöglicht und gestärkt wird. In der finalen Session des Forums wurden schließlich, gemäß der Tradition des AEPF, eine Reihe von Forderungen an die Staats- und Regierungschefs zusammengetragen, um diese ein paar Tage später auf dem ASEM-Gipfel der Regierungsvertreter aus Asien und Europa in Mailand vorzustellen und zu übergeben.

Ein bedrückender Anknüpfungspunkt an das 9. AEPF Laos war die Eröffnungsrede von Shui Meng Ng. Die Frau von Sombath Somphone, der eine zentrale Rolle bei der Gestaltung des AEPF in Vientiane gespielt hat, forderte in einer bewegenden Rede von der laotischen Regierung, das Verschwinden ihres Mannes aufzuklären. Sombath hatte es geschafft, das AEPF in Laos zu einem dynamischen offenen Forum für die Mobilisierung der Zivilgesellschaft zu machen, und damit die Hoffnung geweckt, dass die Regierung bereit sei, die Frei- und Spielräume für unabhängige und freie Aktivitäten zu verbessern. Zwei Monate später wurde Sombath an einem Kontrollposten der Polizei entführt und ist seither verschwunden. Trotz Aufzeichnung der Entführung durch eine Überwachungskamera, zahlreicher Appelle von Parlamentariern und Organisationen aus Europa und Asien und einer breiten Kampagne (<http://sombath.org>) leugnet die Regierung jegliche Kenntnis und verschleppt eine Aufklärung. In einem neuerlichen Appell forderten die in Mailand versammelten TeilnehmerInnen erneut eine ernsthafte Aufklärung von Sombaths Verbleib (siehe die Deklaration des AEPF auf www.asienhaus.de).

Die *Stiftung Asienhaus* ist Teil des Internationalen Organisationskomitees des Forums und war dieses Jahr bei der Organisation von Workshops zu

den Themen Handels- und Investitionspolitik und Demokratie und Menschenrechte in Thailand beteiligt. Der Schwerpunkt *Socially Just Trade and Investment* nahm mit einer Plenumsveranstaltung und mehreren Workshops breiten Raum ein. Diskutiert wurden unter anderem über *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP), *Comprehensive Economic and Trade Agreement* (CETA) und *Trades in Services Agreement* (TISA) und deren Auswirkungen in Europa und Asien, laufende Verhandlungen zu Freihandels- und Investitionsschutzabkommen und Möglichkeiten des gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Widerstands in Europa und Asien. Von Seiten des Asienhauses wurde unter anderem eingebracht, welche Rolle China hierbei spielt – als Akteur, aber auch als Ziel einer geopolitischen Containment-Strategie durch TTIP und das *Transatlantische Partnerschaftsabkommen* TPP.

Das Asienhaus organisierte außerdem einen gut besuchten Workshop zu *Democracy and Human Rights in Thailand*. Der Militärputsch im Mai 2014 war ein schwerer Schlag gegen Demokratie und Menschenrechte. In einer lebhaften und kontroversen Diskussion wurde die politische Situation analysiert und Perspektiven für soziale Bewegungen formuliert. Ein Ziel war dabei auch, aufzuzeigen, wie soziale Bewegungen in Europa und Asien unterstützend wirken können. Besondere Entrüstung rief der Besuch des thailändischen Premierministers Prayuth Chan-ocha beim ASEM-Gipfel hervor, die Ausdruck in einer Demonstration auf den Straßen Mailands fand.

Weitere wichtige Themen waren die zunehmende Verschlechterung der sozialen Situation in vielen Ländern durch neoliberale Wachstumsstrategien, Privatisierung, Rechtslosigkeit u. a., Verbesserung sozialer Schutzsysteme, Atomenergie, die unter dem Label »Klimaschutz« Auftrieb bekommt, atomare Bewaffnung sowie Möglichkeiten friedlicher Konfliktlösungen in Europa und Asien, Klimagerechtigkeit, nachhaltige Energieproduktion und Abfallverringerung, Ernährungssouveränität und damit verbunden die Forderung nach einer nachhaltigen und sozial gerechten Nutzung und Management natürlicher Ressourcen.